

Hochschule



Nach der ersten Runde vor dem Verwaltungsgericht Köln steht es bei den Klagen gegen Studiengebühren 2:1:1

Seite 2

Musik



Don't judge a book by it's cover – auch eine Band mit dem Namen Schrottgrenze kann tolle deutschsprachige Musik machen

Seite 3

Buch



Die Shoah gilt vielen deutschen HistorikerInnen als jüdisches Spezialthema, sie beschäftigen sich lieber mit den Leiden der Deutschen

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Schon 1.327 Tage ohne autonomes Zentrum Aus der Traum

Er selbst kann sich wahrscheinlich nicht mal mehr erinnern, aber letzte Woche setzte der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Bochum den Schlussstrich unter einen schillernden Erfolg des Oberbürgermeisters, dessen Schreckensherrschaft ja nun bald endlich endet. Dreieinhalb Jahre sind seit der gewaltsamen Räumung des antirassistischen Zentrums (az) vergangen, das am 2. Dezember 2000 von über 300 Menschen eröffnet und nur fünf Tage später von der Polizei wieder geschlossen wurde.

Eins der wesentlichen Ziele der HausbesetzerInnen, die damals 16 Monate Verfall beendeten, war, die Behauptung der Stadt, für soziale und politische Initiativen hätte sie keinen Platz, keine Räume, als Lüge zu entlarven. Das immerhin ist gelungen. Die Verwaltung schlug dem zuständigen Ausschuss letzte Woche vor, das az, also die alte Feuerwache an

der Frieda-Schanz-Straße, nach mehr als fünf Jahren Leerstand abzureißen und das Gelände parzelliert zu „veräußern“. Bis heute hatte sich niemand gefunden, der bereit gewesen wäre, die etwa 1 Mio. Euro zu bezahlen, die das Bewertungsamt der Stadt als Wert angesetzt hat. „Rückgebaut“ soll das Gelände jetzt fast doppelt so viel einbringen.

Te Huur

Dass das nicht klappen wird, die 250.000, die der Abriss jetzt kostet, mithin in den Sand gesetzt sind, ist angesichts des nicht nur in Bochum allgegenwärtigen Leerstands sowie des Unvermögens der städtischen Wirtschaftsförderung, in den vergangenen Jahren Investoren zu finden, sicher keine all zu kühne Behauptung.

Beim zweiten Gespräch zwischen BesetzerInnen und Stadtverwaltung anno 2000, sah das noch ganz anders aus. Der vom OB als Verhandlungsführer vorgeschickte bündnisgrüne Jugendamtsleiter Dolf M. behaup-

tete damals nicht nur, dass der Verkauf an einen (von ihm nicht genannten) Investor bereits klar sei, sondern auch noch, dass die Einnahmen aus diesem Verkauf den Neubau der neuen Feuerwache finanzieren müssten. Beides handfeste Lügen und beides Teil der Strategie der rot-grünen Koalition, das Anliegen der BesetzerInnen, das zeitweise von knapp vierzig Initiativen unterstützt wurde, auszusitzen, die Bewegung aus- und vorzugsweise vor eine Wand laufen zu lassen.

Zur rot-grünen Ehrenrettung ließe sich noch anführen, dass damals die Fraktionsvorsitzenden beider Parteien, Hossiep und Cordes, übereinstimmend aussagten, sie hätten keinerlei Einfluss auf Entscheidungen, die OB und/oder Verwaltung alleine treffen könnten und damit auch würden. Dass sie es auch nicht versucht haben, tut der Schwere dieses politischen Armutszeugnisses dabei keinen Abbruch, auch dass die Bochumer Grünen am Tag der Räumung einen guten Teil ihrer politischen Glaubwürdigkeit verloren haben, erscheint angesichts des kläglichsten Rests, der davon heute noch übrig ist, im Rückblick undramatisch.

„Stüber – Lügner, Mehring – Lehrling“

Dabei hätte alles so schön werden können. Die BesetzerInnen wollten die Feuerwache zwar beileibe nicht kaufen, obwohl ihnen das auch angeboten wurde, aber sie wollten sie immerhin nutzen. Damals wie heute besteht die Wache aus drei sehr unterschiedlichen Gebäuden, Garagen und einem Platz dazwischen. Die zum Zeitpunkt der Instandbesetzung bereits seit eineinhalb Jahren verfallenden Räumlichkeiten sollten wieder sinnvoll genutzt werden. Geplant waren Treffpunkt und Arbeitsräume für politische, soziale und kulturelle Initiativen, Konzerte und Workshops sowie selbstverwalteter Wohnraum. Auf der Eröffnungsparty am selben Abend feierten schon etwa 300 Menschen, die erste Veranstaltung, passenderweise zum Thema „Punk“, war ein großer Erfolg.

Bedarf für Räume meldeten beim ersten Treffen von Bochumer Initiativen im Haus etwa achtzig Menschen an, die mehr als dreissig Gruppen vertraten. Kurzum: In nur einem Wochenende hatten die Bochumer HausbesetzerInnen ein az gegründet, bewiesen, dass es Menschen mit Bedarf an einem solchen Zentrum in Bochum gibt, und dass es einen passenden Ort nicht nur gibt, sondern er ganz im Gegenteil auch einfach leersteht.

„...wenn erst mal das Rathaus brennt“

Dem Oberbürgermeister und seinen Helfershelfern war das allerdings egal. Was nicht sein darf, soll halt auch nicht sein. So wurde das az nach nur fünf Tagen von einem Großaufgebot der Polizei geräumt, Folgebesetzungen der Feuerwache und gleich mehrerer Ersatzobjekte („Seitens des Liegenschaftsamtes können zur Zeit für diese Zwecke keine Objekte angeboten werden.“) wurden schnell geräumt oder waren nicht auf Dauer angelegt. Somit ist für die diesbezügliche Ruhe in Bochum auch nicht die Sitzung des Hauptausschusses letzte Woche verantwortlich, der bevorstehende Abriss der Feuerwache setzt dieser Episode Bochumer Hausbesetzungsgeschichte aber sicher ein symbolisches Ende.

dek

Erörterungsmarathon zur A44-Querspange endet mit Vertagung Bochumer Lösung vorerst ungelöst

Über mehrere Wochen zog sich die Erörterung zum Weiterbau der A 44 (die sogenannte „Querspange“) hin, bis sie schließlich unterbrochen werden musste. Sie konnte nicht in der vorgesehenen Zeit beendet werden, da die Zahl der fundierten Einwände zu groß und der Erörterungsbedarf dementsprechend hoch war.

Die Kritik der Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo konzentriert sich auf ein Verkehrsgutachten, das für die Baumaßnahmen der sogenannten „Bochumer Lösung“ erstellt wurde. Die Bürgerinitiative hält dieses Gutachten, das auch Grundlage für die Schadstoff- und Lärmberechnungen ist, für überholt und sieht die Überlastung des Außenrings als zwangsläufige Folge an.

Während der Erörterung musste sogar der Sachverständige der Ingenieurgruppe IVV-Aachen einräumen, dass das Gutachten aus 1996/98 mittlerweile überholt ist. Wesentliche Eckdaten

haben sich geändert wie auch der Landesbetrieb bestätigte.

Nach heutigen Erkenntnissen muss davon ausgegangen werden, dass der LKW-Verkehr in Zukunft deutlich stärker zunehmen wird. Inwieweit sich dies auf die „Bochumer Lösung“ auswirken wird, bedarf nach Darstellung des Sachverständigen einer neuen und konkret auf Bochum bezogenen Untersuchung der LKW-Zahlen.

Neues Verkehrsgutachten nötig

Die Bürgerinitiative hat daraufhin beantragt, unter Neuberechnung der LKW-Anteile und Ansatz der aktuellen Leit- und Eckdaten ein neues Verkehrsgutachten zu erstellen. Selbst auf Grundlage des veralteten Verkehrsgutachtens musste der Sachverständige bereits bestätigen, dass bei Umsetzung sämtlicher Teilstücke der sog. „Bochumer Lösung“ der Außenring zu 51 % überlastet sein würde.

Erhöhte Stau- und Unfallgefahr befürchtet die Bürgerinitiative ab der Unterführung Steinkuhlstrasse/Außenring. Hier soll als Verbindung zwischen Steinkuhlstrasse und Universitätsstraße etwas gebaut werden, das im besten Bürokratendeutsch als „8-streifige Trasse mit Ver-

flechtungs- sowie Auf- und Abfahrspuren mit einfacher Ampelregelung im Anschlussbereich Universitätsstraße“ bezeichnet wird. Bereits jetzt sind für den Verflechtungsbereich 93.000 Autos pro Werktag prognostiziert. Bei Aktualisierung des Verkehrsgutachtens rechnet die Bürgerinitiative mit einer Erhöhung der Verkehrszahlen.

Nach Ansicht der Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo zeigte sich der „Landesbetrieb Straßen NRW“ in der Erörterung auf zahlreiche Einwände nicht genügend vorbereitet bzw. versuchte, die Einwände durch verwaschene Aussagen abzublocken oder gleich ganz die Auskunft zu verweigern.

Nach einer mehrwöchigen Erörterung wurde die Fortsetzung am vergangenen Freitag schließlich vertagt. Sie wird wahrscheinlich gegen Ende September fortgesetzt, der Termin wird noch durch eine „Öffentlichen Bekanntmachung“ mitgeteilt.

:bochumin kürze

Gute Nachrichten

Die rechtsradikale Partei „Republikaner“ hat mitgeteilt, dass sie nicht zur Kommunalwahl im Herbst antritt: „Unsere Strukturen und unsere personelle Lage reicht einfach noch nicht aus, um diese Wahl erfolgreich zu gestalten.“

Keiner will den Bachelor

Ein beliebtes Argument, um den Studierenden hierzulande die generelle Einführung von Bachelor-Studiengängen schmackhaft zu machen, ist die internationale Anerkennung dieser Abschlüsse. So wurde immer wieder behauptet, ein Bachelorabschluss, der sich vermeintlich auch moderner anhört als Bacchalaureus oder Magister Artium oder ähnlich antiquierte Latinismen, könne man überall mit hinnehmen und würde mit offenen Armen empfangen.

Aber meistens kommt es halt anders als behauptet. So prophezeit der geschäftsführende Direktor der Fulbright-Kommission, Rolf Hoffmann, große Probleme bei der Anerkennung der neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master. Die Fulbright-Kommission ist die größte deutsch-amerikanische Organisation, die Stipendien für den akademischen Austausch zwischen den beiden Ländern vergibt.

„Bei den amerikanischen Hochschulen herrscht große Verunsicherung, was ein deutscher Bachelor wirklich wert ist“, sagte Hoffmann der ZEIT. Denn während deutsche Universitäten den Bachelor bereits nach drei Jahren vergeben, benötigen amerikanische Studenten für den Abschluss vier Jahre. „Da sagen sich die Verantwortlichen an den amerikanischen Hochschulen aus formaler Perspektive: Das kann doch nicht das Gleiche sein“, so Hoffmann weiter. Bisher argumentierten die Deutschen, ihre Schüler gingen dafür ein Jahr länger zur Schule. Doch das werde bald wegfallen, so Hoffmann, da in Deutschland fast alle Bundesländer die Schulzeit um ein Jahr verkürzen werden. „Das hat sich in den USA herumsprochen.“

Kaffeemobil heißgelaufen

Mal steht es da, mal steht es nicht da am Querforum West, das rote Kaffeemobil des AkaFö. Wenn es da steht, wird es stets rege genutzt – der erfreulich große Andrang brachte jedoch den entscheidenden Nachteil mit sich, dass die Maschinen heißgelaufen sind und das Kaffeemobil nun in die Werkstatt muss. Die zuständige Servicefirma sorgt hoffentlich dafür, dass die erneute Zwangs-Kaffeepause nicht allzu lange dauert.

Bochumer „Wahlalternative“ gegründet

Auch in Bochum hat sich mittlerweile ein Ableger der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegründet, die sich spätestens bei den Bundestagswahlen 2006 den enttäuschten SPD-WählerInnen andienen will. Am 24. Juni fand ein erstes Bochumer Treffen statt, auf der Sitzung vom 16. Juli standen Wahlen und die weitere Arbeitsplanung auf der Tagesordnung. Dabei ist jedoch kaum zu erwarten, dass bei der Neugründung mehr herumkommt als von der aktuellen Politik des linken SPD-Flügels oder der PDS. wird sich sicher bald herausstellen. Unter www.wasg-bochum.de wurde bereits ein Diskussionsforum eingerichtet.

Dokumentation des Unerträglichen

Am Montag lud das Bochumer Bündnis „Wiederaufbau der Synagoge unterstützen – Neonaziaufmarsch verhindern“ zu einer Pressekonferenz, um die von Nazis beim Aufmarsch vom 26.06. begangenen Straftaten zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Bei dem besagten Naziaufmarsch wurde erstmals in der Bundesrepublik ein Tabu gebrochen, 65 Jahre nach dem Novemberpogrom von 1938 durften Nazis offen auf volksverhetzende Art und Weise gegen JüdInnen in Deutschland hetzen.

„Schaut man sich den Inhalt der Reden an, so wird deutlich, dass es den Nazis nicht um Steuergeldverschwendung geht. Die Reden sind gespickt mit antisemitischen Klischees, auf hetzerische Weise wird die Würde von Menschen jüdischen Glaubens verletzt“, so Jonas Spiegel, Vorsitzender der Studierendenvertretung an der RUB.

Aus ihrer Verehrung des Nationalsozialismus machten die Nazis dabei keinen Hehl, so lief die Demonstration hinter einem Frontbanner mit der Aufschrift „Nationale Sozialisten voran“. Vor allem die zahlreichen Verstöße gegen die polizeilichen Auflagen hätten von der Polizei geahndet werden müssen.

Sollte die Nazis damit ungeschoren davongelassen werden, dann wäre der Skandal perfekt.

Die Dokumentation wird in Kürze auf boalternativ.de veröffentlicht.

Erste Urteile zu Studiengebühren in NRW I fought the law ...

Das Verwaltungsgericht Köln hat soeben die ersten Urteile zum nordrhein-westfälischen Studienkonten- und -finanzierungsgesetz verkündet. Dabei waren auch vier vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und vom Landes-Asten-Treffen (LAT) betreute Studierende zu mündlichen Verhandlungen geladen. Von diesen vier Fällen sind zwei gewonnen worden, einer wurde verloren und einer noch nicht entschieden.

Das Verwaltungsgericht bestätigte in zwei Hauptsacheverfahren seinen Eilentscheid vom 26. April 2004 und hob die Studiengebührenbescheide der beiden Klägerinnen auf. Im Gesetz ist eine Orientierungsphase von zwei Semestern vorgesehen. Wer demnach bis zu Beginn des dritten Semesters seinen Studiengang wechselt, der erhält ein neues Studienkonto. Diese Regelung wurde für Studierende ausgeschlossen, die diesen Wechsel in der Vergangenheit vorgenommen haben. „In der mündlichen Verhandlung wurde deutlich, dass das Gericht hierin einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes sieht“, erklärte Klemens Himpele, Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren. Das Verwaltungsgericht ließ Berufung zu, so dass die Urteile noch nicht rechtskräftig sind. „Im Interesse der Rechts- und Planungssicherheit der Studierenden ist eine schnelle Entscheidung der beklagten Hochschulen, ob Berufung eingelegt wird, wünschenswert“, so Himpele weiter.

Studiengebühren trotz Kindererziehung

Im vorliegenden Fall vertrat der Anwalt von ABS und LAT eine Mutter vierer Kinder – drei der Kinder waren bei der Verhandlung anwesend. Die Studierende hatte vor vielen Jahren ein Studium begonnen und nicht zu Ende geführt, da sie sich um die Erziehung der Kinder kümmerte. Sie hat dann einen neuen Anlauf genommen und ist derzeit an der FH Köln als Studentin der Sozialarbeit

eingeschrieben. „Diese Immatrikulation nahm sie im Vertrauen auf die damalige nordrhein-westfälische Rechtslage, dass Studiengebühren nicht erhoben werden, vor“, sagte Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhl in der mündlichen Verhandlung. Das Gericht befand die Bonusregelungen von vier Semestern pro Kind jedoch als ausreichend. „Die betroffene Familie kann sich nicht einmal einen Urlaub leisten“, kommentierte Klemens Himpele das Urteil. „Daran wird deutlich, dass das Gesetz keineswegs irgendwelche Scheinstudierende trifft sondern beispielsweise Mütter vierer Kinder.“ Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhl kündigte an, dass dieser Fall vor das Obergericht gebracht werden wird.

Schnell ins Zweitstudium

Hier hatte der Anwalt eine Studentin vertreten, die ihr erstes Studium in der Regelstudienzeit von acht Semestern abgeschlossen hatte und nun einen weiteren Studiengang studiert. Studierenden, die ein Studium besonders schnell abschließen, räumt das Gesetz ein, einen Teil eines zweiten Studiums gebührenfrei zu absolvieren. Diese Regelung gilt jedoch nicht für Studierende, die ihren Abschluss vor dem Sommersemester 2004 gemacht haben. Diese müssen in jedem Fall bezahlen. „Unsere Klägerin wird demnach dafür bestraft, dass sie ihren Abschluss so schnell gemacht hat“, so Klemens Himpele. Auch das Verwaltungsgericht Köln äußerte in den mündlichen Verhandlungen erhebliche Zweifel, ob der

Gleichheitsgrundsatz verletzt sein könnte. Diese Zweifel konnten auch vom Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung nicht ausgeräumt werden. Daher hat das Gericht heute beschlossen, eine weitere schriftliche Stellungnahme des Ministeriums einzufordern. „Sollte das Ministerium hier keine neuen sachlichen Gründe nennen können, warum Studierende mit einem Abschluss vor und nach dem Sommersemester 2004 unterschiedlich behandelt werden, so wird das Verwaltungsgericht diesen Fall dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorlegen müssen“, so Wilhelm Achelpöhl.

Sozialer Numerus Clausus

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren ist zwar enttäuscht darüber, dass einer Mutter trotz der Erziehung von vier Kindern die Studiengebühren aufgebürdet werden und wird in diesem Fall in Berufung gehen. Ansonsten sieht Klemens Himpele die juristischen Vorbehalte gegen das Gesetz jedoch bestätigt: „Das Gesetz ist übereilt und schlecht gemacht und wird den Realitäten an den Hochschulen in keiner Weise gerecht.“ Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren bleibt auf der politischen Ebene ein harter Gegner der Studiengebühren. „Die Flucht von den Hochschulen ist ein deutliches Signal, dass es sich viele Menschen schlicht nicht mehr leisten können, zu studieren“, sagte Himpele mit Blick auf den Rückgang um 15.000 Studierenden alleine an der Uni Köln.

„Dieser soziale Numerus Clausus ist ein echter Schlag ins Gesicht so genannter bildungsferner Schichten.“

abs



Wo sind die Zivis hin...? ...wo sind sie geblieben...?

Vor knapp 20 Jahren wurde zwischen Buschey-Platz und Unicenter das Studierendenwohnheim „Haus Sumperkamp“ errichtet. Damals hatte das Haus Modellcharakter. Seine Besonderheit liegt darin, dass es nicht nur 122 Wohnplätze für nichtbehinderte Studierende bietet. Darüber hinaus wohnen hier von Beginn an auch 62 behinderte Menschen mit unter einem Dach.

Innovativ daran war, dass dieses Wohnheim insbesondere auch für Schwerstpflegeabhängige geeignet ist und somit diesen Personen die Möglichkeit eröffnet, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Diese Möglichkeit wurde nicht nur durch die uninahe Lage und die behindertengerechte architektonische Konzeption des Hauses gewährleistet.

Zivildienstleistende gewähren Pflege auch bei Nacht

Eine besondere Serviceleistung des Akademischen Förderungswerkes (AkaFö) gewährleistete behinderten Studierenden Unterstützung während der Nachtstunden bei pflegerischen Vorrichtungen und notfallmäßigen Situationen. Dieser Nachtdienst wurde bislang von fünf (jeweils zwei pro Nacht) Zivildienstleistenden übernommen.

Nun muss diese Serviceleistung wegfallen! Der Grund liegt in den strukturellen Veränderungen im Bereich des Zivildienstes. Einerseits sollen immer mehr Stellen für Zivildienstleistende gestrichen werden. Um aber dennoch keine „arbeitslosen“ Zivildienstleistenden zu bekommen, hat dieser Abbau von Stellen zur Folge, dass immer weniger Zivis eingezogen werden. Ebenfalls werden, analog zur Wehrdienstzeit, die Dienstzeiten von Zivildienstleistenden

ständig verkürzt. Für die einzelnen Menschen, die tendenziell einen Zivildienst leisten wollen bzw. wollen müssen, sind diese Veränderungen natürlich begrüßenswert. Ebenfalls ist es gut, wenn nicht immer weiter Zivildienstleistende als billige Lückenbüsser im Pflegebereich eingesetzt werden. Doch haben diese Neuerungen für die Personen, die auf Hilfe bei der Bewältigung der alltäglichen Verrichtungen angewiesen sind, fatale Konsequenzen. So steht das AkaFö vor der Situation, keine Bewerber für den Nachtdienst mehr zu finden. Und wo es keine Bewerber gibt, kann auch niemand angestellt werden. Deshalb muss dieser Dienst nun eingestellt werden.

Studium abbrechen oder auf andere Hilfe hoffen

Für die Betroffenen führt das dazu, dass sie nun aus einer Vielzahl von schlechteren Alternativen, die für sie am wenigsten schlechte aussuchen müssen. Die behinderten Studierenden, die dringend auf diese Hilfen während der Nachtstunden angewiesen sind, müssen nun ihr Studium abbrechen und aus dem „Haus Sumperkamp“ ausziehen, zu ihren Familien zurückkehren oder in ein Altenpflegeheim gehen.

Schwerstbehinderte Menschen, die bisher nahezu chancengleich zu ihren nichtbehinderten Kommilitonen leben konnten, stehen dann vor dem gesellschaftlichen Aus... Also: Zivis hört und kommt geschwind...

Was wird hier noch geschehn?
Wann wird man je verstehn...

Ibs Bochum Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studierender an Bochumer Hochschulen

Anzeige

Ausschreibung

Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz sucht für die Koordination und Vertretung der Belange der FSVK ab September 2004

eineN SprecherIn

Die SprecherInnen vertreten die FSVK gegenüber Dritten (AStA, Gremien der Universität, etc.) und koordinieren die FSVK (Vor-/Nachbereitung der Sitzungen, Planung und Durchführung von Aktionen, etc.). Die SprecherInnen unterliegen dem imperativen Mandat der FSVK. Die genaue Aufgabenbeschreibung ergibt sich aus dem Stellenprofil (einsehbar im FSVK-Büro).

Die Stelle ist finanziert durch die Studierendenschaft der RUB. Die Höhe der Aufwandsentschädigung beträgt derzeit 525,- Euro pro Monat. Es können sich auch mehrere Personen als Team auf die Stelle bewerben. Die Amtszeit beträgt ein Jahr, jedoch ist eine Abwahl von Seiten der FSVK möglich, sollte es zu unüberwindbaren Schwierigkeiten kommen.

Von den SprecherInnen wird Erfahrung in der Fachschaftsarbeit erwartet. EDV-Kenntnisse sind hilfreich. Eine Zusammenarbeit mit dem zweiten amtierenden FSVK-Sprecher wird vorausgesetzt. Der/Die neue SprecherIn wird von dem Vorgänger eingearbeitet.

Die Bewerbungen können bis Montag, den 26.7.2004 um 16h im AStA-Sekretariat Raum SH 005 eingereicht werden.

Das weitere Prozedere sieht dann wie folgt aus:

- Die persönliche Vorstellung ist am Montag, den 26.7.2004 auf der FSVK
- Am Montag, den 9.8.2004 ist auf der FSVK die Befragung der KandidatInnen
- Die Wahl findet am Montag, den 30.8.2004 ebenfalls auf der FSVK statt.

Die Teilnahme der KandidatInnen auf den drei oben genannten Sitzungen ist obligatorisch.

Für weitere Fragen stehen die amtierenden Sprecher zur Verfügung. Sie sind im Raum Studierendenhaus SH 004, unter Tel.: 0234/32-23876 oder über eMail: fsvk-sprecher@rub.de zu erreichen.

Dirk Schmidt & Andre Kasper
Sprecher der FSVK



Namen sind nur Schall und Rauch

Diesseits der Schrottgrenze

Wie kann eine Band, die so tolle Musik macht, bloß so einen Namen wie Schrottgrenze tragen? Schrottgrenze – das klingt nach pubertärem Ufta-Ufta-Punk mit parolenhaften Texten, dabei steckt hinter diesem Namen eine von ganz wenigen deutschen Bands, die es schaffen, Pop und Punk auf unheimliche Art miteinander zu verbinden.

Kein Schrott, sondern vielmehr eine kleine Perle ist die vor kurzem veröffentlichte EP *Belladonna*. Das Titelstück erzählt von einem vergangenen Abend mit einer bezaubernden Frau, bei dem sich das Glück schon stark mit der Wehmut über das Ende der Romanze mischt. Dieser nachdenkliche, melancholische Punksong kommt mit einer Gitarrenmelodie daher, die sich bei jedem Hören tiefer und tiefer ins Gedächtnis gräbt – *Belladonna* ist ein gottverdammter Hit.

Ebenso eingängig, aber dennoch mit Ecken und Kanten sind auch die weiteren Stücke dieser EP. *In Deiner Wohnung* ist ein Abgesang auf eine verlorene Freundschaft, während das melancholische *Hellwach* von einem müde gewordenen Idealisten handelt. *Bitte sag mir* schließlich ist die vierte und letzte Studioaufnahme der EP, ein schneller Punksong, bei dem ausnahmsweise der Gitarrist Timo den Gesang übernimmt. Als Bonus gibt es noch eine Live-Auf-



nahme von *Auf der chinesischen Mauer*, einem der heimlichen Hits des letzten Albums.

Pop und Punk

Schrottgrenze setzen konsequent den Weg fort, den sie auf dem 2003 veröffentlichten Album *Vaganten und Renegaten* eingeschlagen haben. Gespielt wird melodischer Punkrock, der von der Schwermut her an Bands wie Hüsker Dü oder Leatherface erinnert, dem unbeschwerten Poppunk der Descendents nahekommend und trotz der deutschen Texte nie peinlich wirkt. Als Vergleich können am ehesten Bands wie Tagtraum oder die älteren Sachen von den Wohlstandskindern herhalten.

Gib mir Reibung

Gegründet haben sich Schrottgrenze schon im Teenageralter Mitte der Neunziger in Peine – daher wohl auch der Name. Durch ihre Konzerte und ihre Veröffentlichungen, von denen fast jede auf einem anderen Label erschien, erspielte sich die Band schnell einen guten Ruf in der Szene, schaffte es aber nie zu größerer Bekanntheit. Nach den verpatzten Aufnahmen zum dritten Album im Jahr 2000 (der Toningenieur hatte die fertige



Aufnahme verbummelt) probierte die inzwischen nach Hamburg übergesiedelte Band ihr Glück mit einem anderen Namen. Unter dem Namen Fingers nahmen sie mit Rocko Schamoni in Hamburg ein Demo auf, durch das Rod Gonzales von den Ärzten auf sie aufmerksam wurde. Gonzales produzierte mit den Fingers drei Lieder für eine EP, die der Band jedoch zu sehr nach weichgespültem Viva-Deutschpop klangen.

Der Ausflug unter anderem Namen blieb glücklos, so dass sie nach einigen Jahren Pause an die alten Wurzeln anknüpften und als Schrottgrenze weitermachten. Kurz darauf erschien *Vaganten und Renegaten* auf der sich die Synthese aus Pop und Punk schon ankündigt, die auf *Belladonna* vorbildlich geglückt ist. Dabei wandert die Band jedoch auf einem schmalen Grat, denn nur wenig mehr Pop wäre schon zu viel. Man darf also auf das nächste Album gespannt sein, das die vier Jungs um den singenden Schlagzeuger Alex zur Zeit aufnehmen und das im Herbst erscheinen soll. Die neuen Stücke, die sie schon auf den Konzerten spielen, machen auf jeden Fall einen guten Eindruck.

mac

Belladonna erschien auf Meisterbetrieb (CD) bzw. auf Radio Blast (Vinyl).

Weitere Infos und Hörproben unter www.schrottgrenze.de

Kontinuitäten im Land der Richter und Henker

Back to the Future...!?

In Deutschland wird mittlerweile geglaubt, man habe in Sachen Erinnerung an die deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus genug getan. Spätestens mit der Errichtung des Holocaust-Mahnmals in Berlin habe man sich an alles erinnert und den Opfern und den Überlebenden der nationalsozialistischen Herrschaft genug Gutes getan. Man möchte nun gerne über das eigene Leid durch alliierte Bomben und „Unterdrückung“ durch die Nationalsozialisten, die immer nur die anderen waren, reden.

All dies dient nicht allein der Relativierung der eigenen Verbrechen, sondern fügt sich ein in die neuen machtpolitischen Bestrebungen Deutschlands und dem Willen eines Großteils der Bevölkerung, zu vergessen und „zur Tagesordnung“ überzugehen. Welche Verbindungen aber diese Tagesordnung bei genauerem Hinsehen noch mit dem NS besitzt, darauf möchte eine Veranstaltungsreihe im Kulturcafé der RUB hinweisen. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr.

Mittwoch, 21. Juli
Gez. NSDAP, SA, SS. Über Kontinuitäten deutscher Ostpolitik
Die deutschen Vertriebenenverbände und ihre politischen und publizistischen Hilfstruppen verlangen, dass der

5. August zum jährlichen nationalen Gedenktag für die deutschen Opfer von „Flucht und Vertreibung“ erklärt wird. An diesem Tag wurde 1950 in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ verabschiedet. Für den „Bund der Vertriebenen“ und die Initiatoren des geplanten „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ist die „Charta“ mittlerweile ein zentrales „Gründungsdocument“ der BRD. In diesem erklären sich die „Vertriebenen“ zu den eigentlichen Opfern des 2. Weltkrieges. Politisch war die „Charta“ von Beginn an eine Kampfansage an die Bevölkerung und Staaten Osteuropas. Politisches Ziel ist bis heute die Revision des „Potsdamer Abkommens“ von 1945 in dem der alliierte Sieg über Deutschland völkerrechtlich besiegelt wurde. Mit der Verbindung von Volk, Raum und Heimat zum deutschen „Recht auf Heimat“ enthält die Charta eine Mixtur revanchistischer Programmatiken, die ihre Wirkung erst heute richtig zu entfalten beginnt.
Referent: Erich Später (Saarbrücken), Konkret-Autor und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung.

Freitag, 23. Juli
Die neue Heimat Europa verraten! Zur Kritik Deutsch-Europas
Europa ist das deutsche Projekt der Stunde. Wirtschaftlich, außen- und

geschichtspolitisch zieht Deutschland einen enormen Nutzen aus verstärkter europäischer Integration. Spätestens seit dem Irakkrieg wird die wirtschaftliche und politische Harmonisierung innerhalb Europas vermehrt von identitätspolitischen Diskursen flankiert. Neben Antiamerikanismus und Antisemitismus ist es die Konstruktion einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die Bestandteil bzw. Voraussetzung einer nationalen europäischen Identität sind. Der Ruf nach einer europäischen Weltordnungspolitik lässt erschauern, verbergen sich dahinter doch die zivilisatorisch bemäntelten Strategien einer Mindermacht, die auf antiemanzipatorische, insbesondere antiamerikanische und antisemitische Kräfte zu setzen bereit ist, um ihre Unterlegenheit auszugleichen. Um Analysen und Positionen in der europäischen Linken wird es auf der Veranstaltung genauso gehen, wie um Strategien einer linksradikalen Europa-Kritik.
Referierende: Bündnis gegen Realitäten (Leipzig),

Montag, 26. Juli
M - Eine Stadt sucht einen Mörder.
Filmbeitrag
Deutschland 1931
Regie: Fritz Lang

Donnerstag, 29 Juli
Jüdischer Widerstand und deutsche Gedenkkultur

In Deutschland, wo selbst das historische Ereignis der Niederlage von 1945 nicht zu einer grundlegenden Bewusstseinsveränderung geführt hat, droht die Gefahr, dass der jüdische Widerstand gegen ihre Mörder unter jeglichen realen und halluzinierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus subsummiert wird. Der jüdische Widerstand findet sich in der deutschen Gedenkkultur dann u.a. neben Stauffenberg und anderen ehemaligen Nazis wieder. Was die Auseinandersetzung der Deutschen mit der Geschichte des jüdischen Widerstands eint, so sie denn überhaupt stattfindet, ist die beständige Weigerung, diesen als bewaffneten Widerstand gegen den eliminatorischen Antisemitismus zu thematisieren. Intuitiv scheint man zu ahnen, was es bedeuten würde, diese Tatsache anzuerkennen, nämlich sich die Frage nach der Legitimität von bewaffnetem Widerstand gegen den Antisemitismus zu stellen.
Referent: Paul Mentz (Dortmund), Mitglied des Arbeitskreises Rote Ruhr Uni

Und darüber hinaus nicht vergessen:
Die neue Heimat Europa verraten – Demo,
Leipzig, 24. Juli
Nähere Information unter www.nadir.org/bgr



bsztermine

Mittwoch, 21. Juli

Gez. NSDAP, SA, SS.

Über Kontinuitäten deutscher Ostpolitik
Referent: Erich Später (Saarbrücken), Konkret-Autor und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung.
(siehe auch Artikel links)
19.30 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Universität Bochum

Sommer, Sonne, Antifa

Antifaschistisches Jugend Sommercamp
3 Tage Diskutieren, Informieren, Feiern
bis Samstag, 24. Juli. Weitere Informationen unter: www.antifacamp.de.
ab 20.00 Uhr, Druckluft, Am Fördertrum 27, Oberhausen

Videofilmreihe für Frauen:

Erlesene Frauen – Frauen und Literatur
19.00 Uhr, Frauenarchiv ausZeiten, Herner Str. 266

Peepshows & The Ass Radio Chicks

Punkrock-Konzert
21.00 Uhr, Zwischenfall, Alte Bahnhofstr./Ümminger Str.

Treffen von attac Campus

20.00 Uhr, Ev. Studierenden Gemeinde, Querenburger Höhe 287

Donnerstag, 22. Juli

Studienkreis Film zeigt: Dolls

J 2002.
R+B: Takeshi Kitano.
D: Miho Kanno, Hidetoshi Nishijima, Tatsuya Mihashi, Kyôko Fukada, Ren Osugi.
114 Min., OmU
18.00 und 20.30 Uhr, HZO 20

Freitag, 23. Juli

Die neue Heimat Europa verraten! Zur Kritik Deutsch-Europas

Referierende: Bündnis gegen Realitäten (Leipzig)
(siehe auch Artikel links)
19.30 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Universität Bochum

Samstag, 24. Juli

Die neue Heimat Europa verraten. Keine Kollaboration mit der europäischen Nation

Bundesweite Demonstration
Nähere Infos unter: www.nadir.org/bgr
18.00 Uhr, Augustusplatz Leipzig

Sonntag, 25 Juli.

SchreibTISCH. Offenes AutorInnen-Treffen des Schreibhaus e.V.

15.00 Uhr, Endstation.Kino-Café

Montag, 26. Juli

Treffen des Sozialforums Bochum

19.00 Uhr Bahnhof Langendreer, Raum 6

M – Eine Stadt sucht einen Mörder.

Deutschland 1931, R. Fritz Lang
(siehe auch Artikel links)

19.30 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Universität Bochum



Dienstag 27. Juli

Studienkreis Film zeigt: Planet der Vampire

I 1965.
R: Mario Bava.
D: Barry Sullivan, Norman Bengell, Ángel Aranda, Evi Malandi.
86 Min.
18.00 und 20.30 Uhr, HZO 20



Reden darf nur, wer auch dabei war

Deutsche Geschichtsarbeit

Seit ca. zwei Jahren setzt sich das Wehklagen der Deutschen, sie hätten nie die eigenen Leiden in Verlauf und Folge des Nationalsozialismus benennen dürfen, gesamtmedial durch. Dass sie seit je vorzugsweise darüber sprechen, wenn es um den NS geht, weiß jeder; dass dies auch für die deutsche Historiographie gilt, u.a. davon kann man sich in Nicolas Bergs hervorragender, höchst aufschlussreicher und gut geschriebener Studie Der Holocaust und die westdeutschen Historiker überzeugen.

Historische Forschung wird hier ihrerseits zu einem Gegenstand historischer Forschung. Berg untersucht, ob und wie deutsche Historiker die Shoah erforscht und dargestellt haben. Hierfür hat Berg sich nicht nur mit den Publikationen beschäftigt, sondern auch mit Manuskripten, Notizen und Briefwechseln aus Archiven und Nachlässen. Er erbringt den Beweis, dass die deutsche Geschichtswissenschaft es sich seit je zur Aufgabe machte, Erkenntnis über die Judenvernichtung abzuwehren und dass man dieses Bedürfnis noch da aufspüren kann, wo das Gegenteil die offizielle Intention ist. Berg unterteilt seinen Gegenstand zeitlich in Phasen. In der ersten, unmittelbar nach Kriegsende, ging man auf Abwehr: Abwehr der deutschen Verantwortung, der breiten Beteiligung an Verbrechen, des Urteils des Auslandes und eines Zusammenhanges von deutscher Geschichte und NS. In einer „weitausgreifende[n] Universalisierungsrhetorik“ wurde der NS als Auswuchs der ‚Moderne‘ interpretiert. Die Shoah selber kam gar nicht vor. Berg spürt dem Erkenntnisinteresse auch in der Sprache nach: durch die Semantik erscheint der NS als Naturgeschehen, die Deutschen als passiv und ausgeliefert. In der zweiten Phase änderte sich dies. Die 1950er Jahre waren das „Erinnerungsjahrzehnt“, geprägt von den Vokabeln „Scham“ und „Schuld“. Die Judenvernichtung wurde erstmals Thema, allerdings weniger der Forschung, sondern vielmehr der Auseinandersetzung, und das hieß v.a. des Bekenntnisses. Die Auseinandersetzung mit dem NS wurde als nationale Auf-

gabe begriffen. Der Zeitgeschichte wurde eine „reinigende Funktion“ zugesprochen, die der „seelischen, moralischen und politischen Gesundheit unseres Volkes“ nützlich sei. Erinnerung galt als „Form einer Buße von Schuld“, mit der die Verbrechen abgegolten werden sollten.

Gegen diesen Betroffenheitsdiskurs wandte sich das „Pathos der Sachlichkeit“ der dritten Phase des Münchener Instituts für Zeitgeschichte. Als dessen „wichtigste politische Funktion“ galt es, „der ausländischen Forschung anstelle von Memoiren und Enthüllungen echte Forschung vom Standpunkt gegenüberzustellen“. Die Bemühungen gingen uverblümt dahin, „die Unterscheidung von Deutschen und Nationalsozialisten zu internationaler Anerkennung zu bringen“. Der Strukturfunktionalismus betonte ähnlich wie die Abwehr die Überwältigung und Wehrlosigkeit der Deutschen, hier jedoch gekleidet in ein pseudogesellschaftstheoretisches Vokabular.

Beschäftigung mit der Shoah nur jüdische partikuläre Perspektive

Die Nähe der Historiker jenseits von Offensichtlichem wie Kriegseinsatz und NSDAP-Mitgliedschaft manifestierte sich zum einen in der Nähe zu den Tätern, wobei es im Falle Speers zu einer „regelrechte[n] Zusammenarbeit zwischen dem Führungspersonal des Nationalsozialismus und der Geschichtswissenschaft“ kam. Zum zweiten blieb „die Erforschung der Täter selbst und ihrer Motive [...] über Jahrzehnte hinweg Desiderat“, weil sie nie „von der ‚Angst‘ zu separieren [war], daß hier die Rede von den eigenen Vätern, Brüdern oder Freunden war“. Zum dritten richtete sich die Parteinarbeit pro „nüchterne Bestandsaufnahme“ contra „vordergründige Kritik“ gegen die Überlebenden der Opfer, gegen jüdische Historiker. „Sachlichkeit“ richtete sich gegen „Engagement“, „Zeugenschaft“ und „Pathos“. Nicht nur wurden „semantische Strategien“ von Deutschen bestimmt, mit denen festgelegt wurde, wie über ein Thema gesprochen wird, denen Überlebende wie Eugen Kogon sich einfügen mussten. Berg zeigt, v.a. unter besonderer Berücksichtigung Joseph Wulffs, dass deren Themen „begründungspflichtig“ waren und dass die Beschäftigung mit der Shoah unter deutschen Historikern sehr lange „als jüdische partikuläre Perspektive, nicht jedoch als wissenschaftliche Aufgabe angesehen wurde“.

Neben einem mehr oder minder chronologisch orientierten Abriss der Geschichte der westdeutschen Historiographie (die zeitlichen Grenzen lassen sich nicht so sauber aufrechterhalten) beleuchtet Berg immer wieder ihr Verhältnis zu Angehörigen der Opfergruppe. Jüdische Historiker sahen sich unter Generalverdacht gestellt. In gewohnter Manier, den Antisemitismus vorab durch angebliches Fehlverhalten der Juden zu entschulden, wurde an Juden der durchaus freundlich gemeinte und dabei arglos antisemitische Appell gerichtet, „die deutsche Aufarbeitung und das fragile Verhältnis zwischen Deutschen und Juden gefälligst nicht durch irgendwelche Forderungen neu [zu] belasten“. In völkischer Argumentation wurde in Hinblick auf emigrierte Wissenschaftler von einer „langjährige[n] Entfremdung von deutschem Boden“ darauf geschlossen, dass dies „leicht zu verzerrter Sicht der Wirklichkeit“ führe. Historiker dekretierten patzig wie Ex-Landser, dass wer nicht dabei war, den Mund zu halten habe, oder, feiner ausgedrückt, dass „wer das nicht am eigenen Leibe erfahren hat, [...] allerdings größte Mühe haben [wird], das Verhalten an sich normaler Menschen unter einem totalitären System zu verstehen“.

Deutsche erfinden sich ihre eigene Erkenntnistheorie und Wirklichkeit, deshalb sehen sie sich alleine zuständig für die Erklärung des Dritten Reichs. So gebe es zwei Arten von Wirklichkeit, denn der NS, so Martin Broszat, habe eine „jenseits der Realität eigene Wirklichkeit“ geschaffen. Es gebe erstens die Wirklichkeit und dann noch „die wirkliche Wirklichkeit des totalitären Systems“. An der deutschen Geschichtswissenschaft zeigt sich, wie man auf formale Wissenschaftlichkeit oder erkenntnistheoretischen Skeptizismus zurückgreift, wann immer es gilt, Erkenntnis abzuwehren, die einen bedrängt.

fake

Nicolas Berg: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung. Göttingen: Wallstein, 2003. ca. 760 Seiten, Euro 49,- Eine ausführlichere Version findet sich auf www.rote-ruhr-uni.org

:bszöde orte

Sauerland

Das Sauerland bietet nun wahrlich reichlich Stoff für eine Kolumne zum Thema öde Orte. Das Sauerland ist voll von öden Orten. Wenn man auf der A45 Richtung Süden fährt, kommt – ab dort, wo kurz vor Lüdenscheid-Nord eine Schautafel den Beginn des Sauerlandes verkündet – von Bergen, Wald und Kühen abgesehen genau genommen nichts anderes mehr als lauter kleine, langweilige, versprengte Ansiedlungen.

Jede von ihnen ist für sich genommen öde. Auch die von den Einheimischen liebevoll Städte genannten größeren Ansiedlungen wie Meschede, Iserlohn, Hemer, Meinerzhagen oder Lüdenscheid (man kann ja nicht immer bis nach Dortmund fahren) machen da keine Ausnahme. Es fällt jedoch schwer, einen einzelnen Ort im Sauerland auszumachen, der pars pro toto für das gesamte Symptom Sauerland ausgewählt und besprochen werden könnte.

Gemeine SauerländerInnen wollen, was man gut verstehen kann, irgendwann mal weg aus dem Sauerland. Das gelingt der einen besser, den meisten anderen aber schlechter, weshalb sich später die meisten in Bochum oder Dortmund beim Studium wiedertreffen. So kommt es auf typischen Studipartys regelmäßig vor, dass eine kleine Gesprächsrunde, ausreichend mit Getränken versorgt und strategisch günstig irgendwo zwischen Klo und Küche stehend, plötzlich feststellt, dass zufällig alle aus dem Sauerland kommen und dass die eine im Nachbarort von der anderen aufgewachsen ist, dass man sich ja eigentlich daher kennen müsse usw..

Für Nicht-SauerländerInnen werden diese Gespräche schnell langweilig. Dabei schneidet das Sauerland im Vergleich zu anderen öden Gegenden Deutschlands gar nicht mal so schlecht ab: In einigen öden Gegenden entwickeln die Einheimischen eine beachtliche Fertigkeit darin, berauschende Getränke herzustellen, um sich ihre Existenz in der öden Umgebung zumindest für einige Stunden zu erleichtern. In Bayern ist dies das Bier, in Baden-Württemberg hat man sich auf Wein spezialisiert. Nimmt man beispielsweise die Eifel als direkten Vergleich, ist das Sauerland klar auf der Gewinnerseite. Nicht nur, dass einige trinkbare (Veltins und Krombacher) sowie weniger trinkbare (Warsteiner) Biere aus dem Sauerland kommen, wohingegen die Eifel nur das wenig trinkbare Bitburger zu bieten hat. Die Eifel hat keinen Weinbau, mit dem sie diesen Makel tilgen könnte. Und auch in Sachen Berge, Wald und Kühe (deretwegen man ja gelegentlich in solch öde Gegenden fährt, weil man sich von der Ruhe dort Erholung verspricht) hat das Sauerland mehr zu bieten als die Eifel. HolländerInnen wissen das, deswegen nehmen sie

auch die längere Strecke bis ins Sauerland in Kauf.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Markus Brüne, Sven Ellmers, Jochen Kreusch, Jonas Spiegel
Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Thilo Machotta (mac), Jan Reinecke (J.R.), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>